

Partei oder Kreuzzug?

von Peter Glotz

Der Autor ist Bundesgeschäftsführer der SPD.

Die Diagnose ist leicht gestellt: Die deutsche Sozialdemokratie ist in die Zange geraten. Auf der einen Seite verliert sie jüngere Wähler, meist aus den neuen Mittelschichten, an die Grünen und Alternativen. Auf der anderen Seite bleiben sozialdemokratische Traditionswähler aus der Arbeiterschaft oder der technischen Intelligenz unzufrieden zu Hause. Auch ist da und dort der Sog des Neokonservatismus so stark, daß Wähler zu den Konservativen hinübergezogen werden.

Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft, die Angst vor einem schrecklichen Zufallskrieg oder das Gefühl, in sinnlosen Arbeitszwängen gefangen zu werden, treibt den regierenden Sozialdemokraten so manche Wähler weg; die einen suchen die emotionale Geborgenheit von neuen sozialen Bewegungen, die anderen flüchten zurück zu den Vätern.

Natürlich, das alles ist keine deutsche Besonderheit. In den Vereinigten Staaten spricht man von einem Trend zur „oneterm-presidency“. In England wird gerade das ganze Parteiensystem aus den Angeln gehoben. In Italien, in Skandinavien und in den Benelux-Ländern wechseln die Regierungen so häufig, daß die Bürger die Übersicht verlieren; und in Frankreich oder Griechenland wird es auch nicht nur der unaufhaltsame Siegeszug des demokratischen Sozialismus gewesen sein, der die amtierenden Regierungen hinwegfegte.

Die westlichen Industriegesellschaften sind am Anfang der 80er Jahre in eine unübersichtbare wirtschaftliche, aber auch geistige Krise geraten. Die bewährten politischen Rezepte versagen; und von den einstmals zufriedenen, jedenfalls aber schweigend mitspielenden Bürgern werden viele rebellisch.

Von dem beneidenswert unangefochtenen Klassizisten Helmut Kohl einmal abgesehen, gibt es kaum jemanden mehr, der die Probleme durch einen schlichten Regierungswechsel für lösbar hält.

Die Sozialdemokratie müht sich ab; sie versucht zur Zeit, den Staat nicht aus den Händen zu lassen und gleichzeitig die verpuppten Wünsche aus der Gesellschaft aufzunehmen, wenigstens zu diskutieren, und, wo es geht, in Politik umzuwandeln. Kein Wunder, daß sie sich dabei winden und verrenken muß.

Immerhin bleibt ihr das Interesse des Publikums gewiß; über die CDU, der die Demoskopien um die 50 Prozent bescheinigen, redet kein Mensch; die „Krise der SPD“ ist dagegen das Lieblingsthema aller Kommentatoren von rechts bis links. Such is life.

Worin diese Krise besteht? In einem Thesenpapier über die „Identität der Sozialdemokratie“ sagt Richard Löwenthal: „Die Sozialdemokratie kann die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheidet.“

Wenn es einfach darauf ankäme, sich gegen Randgruppen zu entscheiden – mit welcher Wonne würde die gebeutelte Sozialdemokratie dies wohl tun?

Aber es geht halt nicht um ein paar tausend oder ein paar zehntausend „Aussteiger“, die gegen die Arbeitsteilung und die Industriegesellschaft zu Felde ziehen. Mit ihnen kann man in der Tat keine faulen Kompromisse machen. Nur zeigen schon die nackten Zahlen, daß mit dieser Wertung das Problem verkannt wird.

Wenn zur Zeit rund fünf Prozent der Wähler am jeweilig nächsten Sonntag Grün wählen würden und wenn das Potential dieser Gruppierungen bei 15 oder 20 Prozent liegt, dann kann man nicht mehr gut von Randgruppen reden. Nein, der schlichte Tatbestand, an dem man nicht mehr lange vorbeireden kann, ist das Auseinanderfallen der Wertorientierungen von immer größeren Gruppen der Gesellschaft. Die Fortschritts- und Akkumulationsethik, die Europa seit Descartes beherrscht hat, ist an ihr Ende geraten.

Es ist klar, daß Löwenthal recht hat, wenn er darauf hinweist, daß man sie nicht durch eine neue Romantik der kleinen Form oder eine Rückkehr zur Natur ersetzen kann; aber der Realismus von gestern wird eine neue, konsensfähige Industriekultur auch nicht schaffen. Durchhalteappelle klingen schon beim dritten Male blechern; und die Herren, die mit glänzenden Augen aus Japan zurückkehren, werden lernen müssen, daß sie in good old Europe auf andere Bedingungen treffen.

Das Problem der SPD sind nicht die Aussteiger von Kreuzberg; mit ihnen muß man, wenn man es kann, vernünftig reden; wer sie von heute auf morgen zu SPD-Funktionären machen wollte, müßte ein Heiliger sein; oder er wäre ein Narr.

Das Problem der SPD ist der gar nicht zu umgehende Konflikt zwischen den Interessen, den Themen und dem (jeweiligen) Bewußtsein – dem Ethos – der (kleiner werdenden) Kerntruppen des Industrialismus einerseits und den

(wachsenden) nachindustriellen neuen Mittelschichten auf der anderen Seite.

Die „Arbeitsgesellschaft“ der vergangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte verändert sich. Die Chance, durch Arbeit Identität zu finden, wird in den modernen Gesellschaften geringer. Mit Recht hat der französische Linke André Gorz darauf hingewiesen, daß Menschen, die ihre „Arbeit“ im Leben mehrfach wechseln müssen und zeitweilig ausgeübte Berufe erlernen („Heilgymnastiker, Reisebüroangestellte, Ferienlager-Animateure, Programmierer-Analytiker, Laborangestellte für biologische Analysen . . .“) anders leben wollen als beispielsweise die Industriearbeiterschaft.

Die Veränderung der Arbeitsbedingungen durch die technische Entwicklung produziert sehr unterschiedliche Menschen. Der aktive, wissenshungrige, disziplinierte, aufstiegswillige und realistische Facharbeiter der Schlüsselindustrien muß eine der Leitfiguren der Sozialdemokratie bleiben; aber er ist nicht mehr der Prototyp der sich verändernden europäischen Industriegesellschaften.

Die Menschen haben auch in wachsendem Ausmaß unterschiedliche ökonomische Interessen. Sie sind nicht mehr selbstverständlich solidarisch; man kann sie nur noch durch „Politik“ zusammenschmieden – indem man also Lebensinteressen erkennt und gesellschaftswirksam macht, indem man „politischen Rohstoff“ aktualisiert.

Das ungeheuer schwierige Problem von Reform-Parteien wie der SPD liegt also darin, daß sie in ihrer Zusammensetzung zu Konglomeraten von Anhängerblöcken mit unterschiedlicher Interessenstruktur geworden sind und daß sie gleichzeitig diese Anhängerblöcke auch noch zur Bewältigung schwieriger Aufgaben im Sinne ihrer Reformziele motivieren müssen.

Ein gutes Beispiel für solch eine schwierige Aufgabe ist die Integration der ausländischen Arbeiter aus den anderen europäischen Ländern, die in einem reichen Land wie der Bundesrepublik zu einer neuen Form des Proletariats zu werden drohen.

Es ist wohl klar, daß zum Beispiel eine sozialdemokratische Partei sich selbst aufgabe, wenn sie sich auf die Interessenvertretung der deutschen Facharbeiter beschränkte und die Italiener, die Türken, die Jugoslawen in ihren gettoartigen Wohnbezirken der Großstädte sich selbst überließe.

Wie aber ist ein so ungeheuer schmerzhafter Prozeß wie die Ausländer-Integration mit einer Partei zustande gekommen, die so schwierig und differenziert zusammengesetzt ist wie die Sozialdemokratie von heute, in der also Interessen und Ethos der Industriearbeiterschaft in Konkurrenz zu den Auffassungen und Wünschen der Akademiker

aus dem Dienstleistungsbereich und den von ihrer „Arbeit“ nicht mehr integrierten neuen Schichten existieren?

Da kann man die Sehnsucht vieler sozialdemokratischer Führer in allen westeuropäischen Ländern nach der „alten Partei“ verstehen, die Sehnsucht nämlich nach einer zentralen Klasse, die man vertritt – und die andere Schichten lediglich am Rande, sozusagen als Gäste innerhalb der Partei, duldet, die Sehnsucht nach klaren, unmittelbar ins Auge springenden, unbestrittenen Themen und Aufgaben, die Sehnsucht nach Solidarität und Einigkeit in der Auseinandersetzung, die Sehnsucht nach einer einzigen Sprache, die alle sprechen.

Aber die in erste und zweite und dritte Kulturen auseinanderdriftende nachindustrielle Gesellschaft wird diese Sehnsucht nicht erfüllen; an ihrer Wirklichkeit prallen alle Appelle ab.

Nun kann man sich natürlich fragen, ob die „bürgerlichen“, insbesondere die konservativen Parteien von dieser Entwicklung verschont bleiben. Auch ihre Anhängerschaft verändert sich ja. Trotzdem aber haben sie gegenüber den sozialdemokratischen Parteien in der gegenwärtigen Phase strukturelle Vorteile.

Einerseits sind sie nicht in gleichem Ausmaß wie die Sozialdemokratie der Verkleinerung und (teilweise selbstverschuldeten) Zerstreuung ihrer zentralen Gruppe ausgesetzt. Wenn man so will, haben sie diesen Prozeß schon bei der Lockerung der konfessionellen Bindungen in den 50er und 60er Jahren hinter sich gebracht. Andere Entfremdungsprozesse – beispielsweise durch den Abstieg von Teilen des Handwerks und der kleineren und mittleren Industrie durch Automation und ausländische Konkurrenz – stehen ihnen noch bevor. Im gegenwärtigen Zeitpunkt aber ist ihr Potential weniger in Bewegung als das der sozialdemokratischen Parteien.

Schwerer wiegt aber noch ein anderer Umstand: Die konservativen Parteien haben es leichter, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der Interessen ihrer unterschiedlichen Anhängergruppen zu einigen.

Um erneut das Beispiel der Ausländer-Integration aufzugreifen: Eine Partei, die nicht den Ehrgeiz hat, italienische, türkische und jugoslawische Arbeiter samt ihrer politischen Kultur zu integrieren, sondern die sich darauf beschränkt, ihren Anhängern zu versprechen, daß ihr sozialer Status durch diese Ausländergruppen nicht verschlechtert wird, bringt natürlich sehr viel leichter ein handhabbares, wirkungsvolles politisches Programm zusammen als eine Partei mit einem tiefgehenden unaufgebaren und moralischen Reformanspruch.

Für die sozialdemokratischen Parteien bedeutet dies: Sie stehen in schwieriger Konkurrenz. Sie müssen ihre Anhängerschaft in einem bewußten politischen

Akt zusammenführen. Und dies bei zwar keineswegs verschwindender, aber eben doch sinkender Bindungswirkung der Arbeit bei vielen Menschen; einmal sind die ökonomischen Interessen der unterschiedlichen Anhängergruppen nicht mehr identisch, und zweitens haben diese Interessen nur noch im Ausnahmefall die unmittelbare Plausibilität, die aus Not und Elend kam. Der bei erträglichem Verdienst Unkündbare, der nur bei einer nationalen oder globalen Katastrophe arbeitslos werden kann, ist nicht selbstverständlich solidarisch, wenn der Arbeitsplatz seines Nachbarn in der Trabantenstadt, eines Stahlarbeiters, wegrationalisiert wird.

Sind diese neuartigen Aufgaben durch die sozialdemokratischen Parteien überhaupt zu bewältigen?

Meine Antwort ist ja – wenn die Sozialdemokratie eine Partei bleibt, das heißt also eine auf Handlungsfähigkeit, Kontinuität und Interessendurchsetzung angelegte Organisation, und zwar eine Organisation, die von den Interessen der abhängig Beschäftigten, von der Arbeit ausgeht. Wenn sie dagegen in den Fehler verfiel, die Eigenschaften einer „Bewegung“ anzunehmen, die sich spontan um ein wichtiges Thema kristallisiert – offen für alle, durchlässig, beweglich, ohne feste Führungsstrukturen –, dann würde sie in der strukturellen Wirtschaftskrise, in die die Industriegesellschaften hineingehen, nicht bestehen können.

Kein Mißverständnis: Ich polemisiere nicht gegen die neuen sozialen Bewegungen. Sie greifen wichtige Themen auf; und zwar solche, die von den Großorganisationen vernachlässigt worden sind. Ihre Offenheit und ihre unkonventionelle politische Kultur sind mir oft sympathisch. Für eine harte, langwierige Machtausweitung mit den Konservativen und ihren Kapitalinteressen aber sind sie ungeeignet.

Deswegen wehre ich mich auch gegen den neuaufgeputzten Anti-Parteien-Affekt, der heute aufkommt. Das „Ende der Parteien“ ist schon einmal besungen worden; Hans Zehrer und seine Freunde wollten den „Bund“ oder gar den „Orden“ als die künftige soziale Form für politische Aktivität. In diese Frontstellung sollten wir nicht wieder zurückfallen.

Die Parteien dürfen sich nicht abschotten gegenüber den Wünschen der Bürger; insofern müssen sie die Ideen und Sehnsüchte aufnehmen, abwägen und auch Forum für geistige Auseinandersetzung sein. Aber sie müssen gleichzeitig darauf achten, daß sie handlungsfähig bleiben.

Um wieder von der SPD zu reden: Ihr Spektrum muß breit, es kann aber nicht unbegrenzt sein. Wer miteinander handeln will, muß zuerst einmal miteinander reden können.

In der SPD muß jeder seine Meinung sagen können, solange sie den Grund-

werten der Partei nicht widerspricht. Niemand darf belangt werden, weil er der Parteiführung Kontra gibt. Aber es gibt auch eine Form des Widerspruchs, die die Menschen bis aufs Blut reizt. Eine Partei braucht auch emotional eine „Zusammengehörigkeitsstruktur“; man darf also, um unverblümt vom Fall Hansen zu reden, nicht nur auf die jungen Mitglieder schauen, die es für eine Frage der Toleranz halten, auch den Vorwurf von „politischen Schweinereien“ zu ertragen. Auch die anderen, besonders übrigens die aus der Arbeiterschaft, die über solche Angriffe zutiefst erbittert sind, haben einen Anspruch darauf, daß man ihre Gefühle ernst nimmt.

In einer spontanen Bewegung mag hemmungsloser Subjektivismus möglich sein; in einer Partei führt er zu explosiven Konflikten, wenn die einen die mühsamen Kompromisse mit dem Koalitionspartner, dem Bundesrat oder den Verbänden machen müssen, während die anderen ihrer Gesinnung lustvoll freien Lauf lassen und die emotionale Rendite ihrer Kapuzinerpredigten genießen.

Erst recht kann es eine Partei nicht erdulden, wenn Mitglieder, gar Abgeordnete, in einer schwierigen Situation öffentlich darüber nachzudenken beginnen, ob man mit Gesinnungsfreunden nicht eine Konkurrenzorganisation aufziehen soll. Die bewußt öffentlich gestellte Organisationsfrage ist weder eine tolerable Form von „Nachdenken“ noch „innerparteiliche Diskussion“, sondern stellt die Partei als solche in Frage. Deshalb stellt sich der Abgeordnete Coppik, wenn er auf dem von ihm eingeschlagenen Weg weitergeht, selbst den Stuhl vor die Tür. Es geht ihm dann wie Alexander Schwan und Hermann Kreuzer, die nach rechts ausbrachen und dort Zirkel und Kreise gegen die SPD ins Feld führen wollten – sie gingen von selbst (Schwan) oder wurden ausgeschlossen (Kreuzer).

Die SPD wird weiter die Partei sein, in der die großen Streitfragen eines schwierigen Jahrzehnts kontrovers debattiert werden.

Sie wird der grassierenden Lust am Stromlinienförmigen nicht erliegen; sie wird offen bleiben gegenüber den neuen sozialen Bewegungen. Aber sie will auch eine Partei bleiben.

Shirley Williams hat, als sie vor wenigen Tagen den Wahlkreis Crosby gewann, im Hinblick auf ihre englische sozialdemokratische Partei gesagt: „Dies ist keine Partei, dies ist ein Kreuzzug.“ Was die SPD betrifft, muß man das umkehren: Dies ist kein Kreuzzug, dies ist eine Partei.

SPiegel Essay